

Beschluss des Landrats vom 22.05.2025

Nr. 1154

26. SBB-Modul-Abo für BL-Studierende an FHNW-Standorten ausserhalb Tarifverbund Nordwestschweiz 2025/47; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Yves Krebs (GLP) erläutert, der Kanton Basel-Landschaft sei nicht nur Träger-, sondern auch Standortkanton der FHNW und habe damit auch eine besondere Verantwortung. Die Idee der FHNW ist im Grundsatz genial, wenn man die bestehenden Ressourcen bündeln kann und nicht jeder Standort alles anbieten muss. Das setzt allerdings eine gewisse Mobilität zwischen den Standorten voraus, damit auch ein Wir-Gefühl erzeugt werden kann. Leider ist aber der Tarifverbund Nordwestschweiz nicht deckungsgleich mit den FHNW-Standorten, was zu schmerzhaften Mehrkosten für Fahrten nach Brugg oder Olten führt. Allein für Olten fallen pro Jahr Zusatzkosten von CHF 836.- im Vergleich zum Jugend-U-Abo bis 25 Jahre an. Das Abo soll nur bei Personen bis 25 Jahre subventioniert werden. Für Brugg entstehen sogar Mehrkosten von CHF 951.-. Die Studienwahl darf nicht von den Mobilitätskosten abhängig sein. In Brugg und Olten gibt es verschiedene Disziplinen, in denen ein Fachkräftemangel herrscht und es dringend Nachwuchs braucht. Wenn aber junge Leute aus Kostengründen und der Angst vor Mobilitätskosten Abstand davonnehmen, gewisse Fächer zu studieren, dann schneidet sich der Kanton ins eigene Fleisch. Schon öfter wurde versucht, das U-Abo zu erweitern für FHNW-Studierende. In Basel-Stadt war das sogar die LDP gewesen. Mittlerweile muss aber klar festgehalten werden, dass das ein frommer Wunsch bleiben wird, ein Kampf gegen Windmühlen. Der Redner findet es spannend, nach kreativen Lösungsansätzen zu suchen, den gordischen Knoten zu lösen und ist deshalb mit einem Fachmann zusammengesessen und hat die Situation analysiert. Häufig findet sich eine einfache Lösung. Oft sind Überlegungen viel zu kompliziert. Wie es bereits von Expos, Konzerten oder der Frauen-Fussball-Euro bekannt ist, gibt es Modul- und Kombitickets. Der Kanton setzt sich mit den SBB an einen Tisch und verlangt spezielle Modulabos für FHNW-Studierende. Das kostet vorerst nichts ausser Arbeitszeit. Das Ziel ist, für Studierende ein attraktives Angebot zu verhandeln. Wenn die Verhandlungen nichts ergeben, wenn sich die SBB stur zeigen, dann können die Verhandlungen wieder abgebrochen werden und der Vorstoss abgeschrieben werden. Einen Versuch ist es auf jeden Fall wert. Selbst wenn die SBB nur auf S-Bahn-Zügen ein attraktives Sonderangebot offerieren können und den Fernverkehr ausschliesst, ist das allemal noch viel besser als die aktuelle Lösung. Der Redner bittet, nicht dagegen zu stimmen, wenn eine Ungleichbehandlung mit dem Campus in Sursee festgestellt wird. Das ist zwar auch eine Herzensangelegenheit des Redners, aber er wollte die Motion nicht überladen. Mit den SBB-Modulabos für FHNW-Studierende legt man den Grundstein, um später auch für die Lehrbetriebe etwas herauszuholen.

Matthias Ritter (SVP) sagt, in der Antwort des Regierungsrats werde aufgezeigt, dass es einmal mehr eine Sonderlösung für Einzelne geben würde, wie sie immer wieder von der Linken gefordert werde. Das beste Beispiel ist das U-Abo, das für Kantonslernende gefordert wurde und eine Mehrheit im Landrat fand. Dieses stellt gegenüber allen anderen Lernenden eine Ungerechtigkeit dar. Der Kanton Basel-Landschaft zahlt bereits jedes Jahr etliche Millionen an die FHNW, die den Studierenden zugute kommen. Auch da sind die Lernenden, die einen handwerklichen oder sonstigen Beruf lernen, benachteiligt. Weil es gegenüber allen anderen jungen Leuten eine Ungerechtigkeit darstellt, wird die SVP-Fraktion die Motion ablehnen.

Sandra Strüby-Schaub (SP) ist im Gegensatz zu ihrem Vorredner anderer Meinung. Es wurde bereits eine kleine Ausweitung des U-Abos in Richtung Olten angestrebt. Dieser Vorstoss, der vor allem auf die FHNW-Standorte abzielt und auf die Studierenden, die die FHNW besuchen, sollte unbedingt geprüft und in Angriff genommen werden, um für eine Besserstellung zu sorgen. Die Kosten sind momentan sehr ungerecht verteilt. Wählt man sein Fach, kann dies nicht in Muttenz studiert werden, wenn es in Brugg angeboten wird. Die SP-Fraktion unterstützt die Motion.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion folge den Argumenten des Regierungsrats. Die Motion schafft neue Ungerechtigkeiten. Es studieren nicht alle an der FHNW, sondern auch an der ETH oder anderswo – und diese erhalten nichts. Es handelt sich um eine Motion und nicht um Prüfen und Berichten; diese wird abgelehnt.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, die Fachhochschule sei bewusst als mehrkantonale Institution mit mehreren Standorten geschaffen worden. Deshalb ist es folgerichtig, dass Basel-Landschaft als Trägerkanton auch die Mobilität der Studierenden unterstützt und die Nebenwirkungen der Strukturen abfedert. Der Redner bittet um Unterstützung der Motion.

Jan Kirchmayr (SP) bringt zwei Argumente ein. An Thomas Eugster: Die ETH wird nicht vom Kanton Basel-Landschaft direkt mitfinanziert. Die FHNW ist eine gemeinsame Hochschule. Als sie gegründet wurde, wurde auch das Ziel formuliert, dass die Mobilität für die Studierenden ermöglicht wird. Dies funktioniert im Moment nicht.

Zur Ungleichbehandlung der Lernenden: Wer studiert an der FHNW? Meist Personen, die eine Lehre und die Berufsmatur gemacht haben. Parallel zur Arbeit studieren sie noch an der FHNW. Es gibt fast keine Studierende, die ein Gymnasium absolviert haben. Damit wird die Ungleichbehandlung für Personen, die nach Brugg, Windisch, Aarau oder Olten müssen und hier in der Region wohnen, angegangen. Sie haben eine Lehre gemacht und können an der FHNW nicht in der Region studieren – damit werden sie ein Stück weit entlastet, wenn sie sich weiterbilden und ein Studium absolvieren wollen. Es hat nichts mit der Benachteiligung von Lernenden zu tun, sondern damit, dass Personen entlastet werden, wenn sie neben der Arbeit noch studieren.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) hält fest, die Mitte-Fraktion unterstütze die Meinung des Regierungsrats, dass eine zusätzliche Subventionierung des U-Abos nur für Studierende der FHNW neue Ungerechtigkeiten schafft. Bei voraussichtlichen Mehrkosten von CHF 60'000.- bis CHF 600'000.- würde einer Gleichbehandlung mit anderen Studierenden an anderen Standorten widersprochen. Yves Krebs hat es bereits angesprochen: Es gibt neben Olten und Brugg auch weitere Ausbildungsstandorte, zu denen Lernende und Studierende reisen. Manchmal können auch diese ihren Ort nicht auswählen, weil es nur eine Berufsschule für mehrere Kantone gibt. Die Mitte-Fraktion lehnt die Überweisung sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

://: Mit 38:32 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
